

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

13. Dezember 2017

zum Thema

**"Abschiebungen von Lehrlingen:
Immer mehr Unterstützung für Petition, immer mehr
Betroffene,
neue Fakten & Lösung aus Deutschland"**

Weitere Referenten:

- Geschäftsführer **Wolfgang Zauner** (Garten- und Landschaftsbau Zauner)
- Lehrling **Peyman A.** (Garten- und Landschaftsbau Zauner)

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

"Abschiebungen von Lehrlingen: Immer mehr Unterstützung für Petition, immer mehr Betroffene, neue Fakten & Lösung aus Deutschland"

Durch viel Engagement von Asylwerbenden, einzelnen Helfer/innen und Betrieben wurde Oberösterreich in den vergangenen Monaten zur Hochburg für Asylwerbende in Lehre, einem jener wenigen Bereiche, wo junge Menschen schon während ihres Verfahrens einer Beschäftigung nachgehen dürfen. Seither konnten wir die Zahl der Lehrlinge im Asylverfahren in OÖ auf rund 290 verdreifachen – OÖ ist dabei bundesweit absoluter Vorreiter.

Diese Erfolgsgeschichte für Wirtschaftsstandort und Integration ist nun durch immer mehr Negativbescheide in Gefahr. 34 Personen aus der oö. Grundversorgung mit einem Lehrplatz sind bereits betroffen, tagtäglich werden neue Fälle bekannt, wo Betriebe, Asylwerbende und Umfeld entsetzt reagieren auf einen Negativbescheid aufgrund der bereits erworbenen Selbstständigkeit und Integration.

Aber auch der Widerstand gegen künftige Abschiebungen dieser Asylwerbenden in Lehre bzw. in Ausbildung nimmt zu. Die von LR Anschober gestartete bundesweite Initiative „Ausbildung statt Abschiebung – Petition gegen Abschiebungen unserer künftigen Fachkräfte“ hat allein online schon über 9.000 Unterstützungserklärungen bekommen, zusätzlich werden vielfach auch über Listen Unterschriften gesammelt, deren Anzahl noch gar nicht abschätzbar ist. Bisher standen Unterschriften aus Oberösterreich im Mittelpunkt, ab kommender Woche wollen wir die Bewerbung verstärkt auf das gesamte Bundesgebiet ausdehnen.

Bis 10. Jänner können wir über www.anschober.at/petition noch politischen Druck erzeugen für die Sicherheit unserer Lehrlinge - Ausbildung statt Abschiebung!

Deutschland zeigt vor, wie einfach sich eine Regelung für ein Bleiberecht für Asylwerbende in Lehre umsetzen ließe, wenn nur der Wille da ist. Seit Beginn dieser Regelung konnte Sicherheit für Auszubildende in bereits 7.000 Fällen geschaffen werden. Die Übernahme des deutschen Modells wäre eine Lösungsoption - es gibt aber auch andere Möglichkeiten, wie z.B. die Aussetzung des Vollzugs von Abschiebungsbescheiden während der Dauer der Ausbildung und Behaltefrist.

Petition „Ausbildung statt Abschiebung“: bisher große Unterstützung

Am 1. Dezember 2017 hat LR Anschober die bundesweite Initiative „Ausbildung statt Abschiebung – Petition gegen Abschiebungen unserer künftigen Fachkräfte“ ins Leben gerufen – und damit für viele Engagierte aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine Plattform für den Widerstand gegen die absolut unverständliche Abschiebep Praxis von Asylwerbenden in Lehre gegründet.

Die Petition ist großartig angelaufen, aktuell haben schon über 9.000 Unterstützer/innen online unterzeichnet. Viele weitere Unterschriften werden aktuell auch auf gedruckten Listen gesammelt und erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Petition eingereicht.

Die Petition läuft unter www.anschober.at/petition bzw. <https://www.openpetition.eu/petition/online/ausbildung-statt-abschiebung> noch bis 10. Jänner 2018.

LR Rudi Anschober: „Mein Ziel war es, auf diesen Irrsinn, der hier top-motivierten jungen Menschen und alteingesessenen Betrieben angetan wird, hinzuweisen. Die Unterstützung für ein Bleiberecht für Asylwerbende in Lehre bzw. Ausbildung und damit für eine neue Perspektive auch für heimische Betriebe mit Mangellehrstellen, wo diese oft händeringend nach Lehrlingen suchen, ist überwältigend. Ich gehe davon aus, dass wir bereits am Freitag unser ursprüngliches Ziel erreichen werden. Daher haben wir unser Petitionsziel bereits auf 20.000 Unterschriften verdoppelt.“

Zahl der Betroffenen steigt täglich – Betriebe und Gesellschaft entsetzt

Seit das Thema öffentlich ist, die Petition „Ausbildung statt Abschiebung – gegen Abschiebungen unserer künftigen Fachkräfte“ läuft, kommen täglich Zuschriften, die ähnliche Fälle von Negativbescheiden für Asylwerbende in Lehre und ein großes Unverständnis seitens der Betriebe darüber schildern.

Bisher 34 Asylwerbende in Lehre sind aktuell in OÖ von einem Negativbescheid betroffen, lt. aktuellen Daten der Grundversorgung OÖ.

Die Schilderungen der Betroffenen zeigen, dass es seitens dieser jungen Menschen ein großes Engagement für und jetzt in der Lehrstelle gibt, dass die Freude über eine sinnvolle Beschäftigung und gute Perspektiven in Österreich groß ist, dass Integration, Spracherwerb, Ausbildung in der Berufsschule und Miteinander im Betrieb bzw. in der Gemeinde insgesamt sehr gut laufen.

Viele Betriebe berichten, dass sie schon lange nicht mehr so motivierte und interessierte Lehrlinge ausbilden konnten und dass erste Anfangsschwierigkeiten im Team in Kürze ausgeräumt waren. Viele Unternehmer/innen wollten diesen jungen Menschen eine Chance geben, haben mit dem AMS, der Wirtschaftskammer, den Bezirkshauptmannschaften oder Freiwilligen und Betreuer/innen zusammengearbeitet – schlussendlich aber stets auch eine neue Perspektive für ihren eigenen Betrieb gefunden. Denn bei Lehrlingsmangelstellen suchen Betriebe händeringend nach Lehrlingen, allein mit Stand von Ende November könnten gut 3.000 Stellen allein in OÖ gleich oder bereits vorgemerkt für einen späteren Zeitpunkt besetzt werden. Die Hauptbranchen sind Gastronomie, Elektro- und Metalltechnik, aber auch Friseur/innen und v.a.m.

Schilderung eines betroffenen Betriebs: Garten Zauner:

GF Wolfgang Zauner und Lehrling Peyman A.

Vor 1,5 Jahren haben wir Herrn Peyman A., Asylwerber aus dem Iran, als Lehrling in unserem Landschaftsbauunternehmen mit 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgenommen. Einerseits um soziale Verantwortung als Unternehmen wahrzunehmen – nämlich, dass Integration ALLE betrifft, andererseits gibt es kaum Lehrlinge und Facharbeiter am Arbeitsmarkt.

Peyman A. integrierte sich schnell, lernte Deutsch, absolvierte bereits die 1. Klasse Berufsschule und entwickelte sich zu einem ausgezeichneten Mitarbeiter. Peyman wohnt in einer privaten Wohnung und macht gerade den Führerschein. Sein persönliches Engagement ist enorm und er ist stets bemüht, sein Bestes zu geben. Er legt seine Hände nicht in den Schoß und wartet auf Hilfe vom Staat, sondern ergreift Eigeninitiative.

Das persönliche Engagement vieler Menschen aus seinem Umfeld, Kollegen und des Unternehmens haben zu dieser vorbildlichen Integration beigetragen. Das Land OÖ beanspruchte seinen gesamten Lohn, inkl. Diäten und Sonderzahlungen für die Grundversorgung. Sämtliche Deutschkurse, Fahrtkosten, und sonstige Aufwendungen hat die Fa. GARTENZAUNER übernommen. Dies tun wir aus voller Überzeugung und die vorbildliche Integration von Peyman hat uns darin bestätigt.

Sein negativer Asylbescheid hat uns alle tief erschüttert. Jedes persönliche Engagement, jede Empathie und jede Zivilcourage wird hier mit einem Schlag zunichte gemacht.

Unser Unternehmen sucht händeringend nach Lehrlingen, jetzt wird uns einer der tüchtigsten entzogen. Realistisch betrachtet braucht Österreich diesen Zuzug, um auf den Fachkräftemangel zu reagieren. Es ist für uns als Unternehmer nicht verständlich und nicht nachvollziehbar, warum Asylwerber mit diesem vorbildlichen Einsatz kein Bleiberecht bekommen. Es ist sehr schade, dass wir in Zeiten, wo Fachpersonal nicht zu bekommen ist, einen jungen, so engagierten Mann, welcher im Unternehmen dringend benötigt wird, ziehen lassen müssen.

Wir bitten um Ihre Unterstützung, dass Herr A. seine Ausbildung hier in Oberösterreich bei GARTENZAUNER fertig machen darf und uns auch später als Facharbeiter zur Verfügung steht.

Lösungsmodell Deutschland: 3+2 Regelung für Flüchtlinge am Arbeitsmarkt

In Deutschland verhilft seit 6. August 2016 mit dem neuen Integrationsgesetz die sogenannte 3+2-Regelung Geflüchteten zu einem Zugang in den Arbeitsmarkt.

Mit dieser bundesgesetzlichen Regelung haben Geflüchtete einen Anspruch auf eine Duldung während einer dreijährigen Lehre sowie für eine Zeit von zwei Jahren während einer anschließenden Beschäftigung, sofern sie einen Ausbildungsvertrag vorlegen.

Dies sorgt für Rechtssicherheit bei den Arbeitgeber/innen, die Geflüchteten ihre Türen in ein Ausbildungsverhältnis öffnen möchten, dass diese ihre Ausbildung – auch ohne Berücksichtigung ihres Aufenthaltsstatus – abschließen können. Es

sorgt gleichzeitig für den Einstieg in den Arbeitsmarkt für Menschen, die faktisch länger in Deutschland leben werden. Geflüchtete sollen so einen Weg in wirtschaftliche Eigenständigkeit finden.

Konkret vorgesehen ist dazu für die Dauer der Ausbildung – in der Regel drei Jahre – eine Duldung und anschließend für zunächst zwei Jahre eine Aufenthaltserlaubnis als Arbeitnehmer/in. Bei Fortbestand des Arbeitsverhältnisses kann diese Aufenthaltserlaubnis auch verlängert werden.

Deutschlandweit dürften so schon rund 7.000 Fälle in den Arbeitsmarkt gefunden haben.